

1975	Ausgegeben zu Bonn am 24. Januar 1975	Nr. 3
------	---------------------------------------	-------

Tag	Inhalt	Seite
17. 1. 75	<b>Gesetz zu dem Vertrag vom 3. Oktober 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen</b> .....	49
18. 12. 74	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport .....	60
20. 12. 74	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung .....	61
7. 1. 75	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls vom 14. Januar 1974 zu dem Protokoll zu dem Europäischen Abkommen zum Schutz von Fernsehsendungen .....	62
8. 1. 75	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens .....	63

Dieser Ausgabe ist für die Abonnenten die Neuauflage des Fundstellennachweises B, völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR, abgeschlossen am 31. Dezember 1974, beigelegt.

## Gesetz zu dem Vertrag vom 3. Oktober 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Vom 17. Januar 1975

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### Artikel 1

Dem in Singapur am 3. Oktober 1973 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen, dem Protokoll vom selben Tage sowie dem Briefwechsel vom 28. September 1973 wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll, der Briefwechsel sowie die weiteren Briefwechsel vom 26. und 27. September 1973 werden nachstehend veröffentlicht.

### Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

### Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 11 Abs. 1 sowie das Protokoll und die Briefwechsel, mit Ausnahme des Briefwechsels Nummer 2, der vom Tage der Unterzeichnung des Vertrages an wirksam ist, in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 17. Januar 1975

Der Bundespräsident  
Scheel

Der Bundeskanzler  
Schmidt

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Friderichs

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

**Vertrag**  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Republik Singapur  
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

**Treaty**  
between the Federal Republic of Germany  
and the Republic of Singapore  
concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments

Die Bundesrepublik Deutschland  
und  
die Republik Singapur

The Federal Republic of Germany  
and  
the Republic of Singapore

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur zu fördern und zu stärken,

DESIRING to foster and strengthen economic co-operation between the Federal Republic of Germany and the Republic of Singapore,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für die Anlage von Kapital von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen, und

INTENDING to create favourable conditions for investment by nationals and companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, and

IN DER ERKENNTNIS, daß ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet ist, die private wirtschaftliche Initiative zu fördern und den Wohlstand beider Völker zu mehren,

RECOGNIZING that contractual protection of such investments is apt to stimulate private business initiative and to increase the prosperity of both nations,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

HAVE AGREED AS FOLLOWS:—

Artikel 1

Article 1

Für den Zweck dieses Vertrags

For the purpose of this Treaty:—

(1) umfaßt der Ausdruck „Kapitalanlagen“ alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

(1) The term "investment" shall comprise every kind of asset and more particularly though not exclusively:—

- (a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Pfandrechte, Nießbrauch oder dergleichen;
- (b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- (c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- (d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und goodwill;
- (e) solche Betriebskonzessionen auf Grund öffentlichen Rechts, einschließlich Konzessionen zur Aufsuchung, Förderung und Gewinnung von Bodenschätzen, die ihrem Inhaber eine Rechtsstellung von einiger Dauer geben.

- (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgage, lien, pledge, usufruct and similar rights;
- (b) shares or other kinds of interest in companies,
- (c) title to money or to any performance having an economic value;
- (d) copyright, industrial property rights, technical processes, trade names, and goodwill; and
- (e) such business concessions under public law, including concessions regarding the prospecting for, or the extraction or winning of, natural resources, as give their holder a legal position of some duration.

Dieser Ausdruck bezieht sich:

The said term shall refer:—

- (i) hinsichtlich Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland auf alle Kapitalanlagen, die im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften vorgenommen werden, und
- (ii) hinsichtlich Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der Republik Singapur auf alle Kapitalanlagen, die schriftlich von der Regierung der Republik Singapur zugelassen wurden, wobei es unerheblich ist, ob diese Kapitalanlagen vor oder nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages vorgenommen wurden.

- (i) in respect of investments in the territory of the Federal Republic of Germany, to all investments made in accordance with its legislation, and
- (ii) in respect of investments in the territory of the Republic of Singapore, to all investments approved in writing by the Government of the Republic of Singapore irrespective of whether these investments were made before or after the coming into force of the present Treaty.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, ist zulässig, vorausgesetzt, daß eine solche Veränderung nicht im Widerspruch zu der Zulassung steht, die in bezug auf die ursprünglich angelegten Vermögenswerte erteilt worden ist.

(2) bezeichnet der Ausdruck „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum als Gewinnanteile oder Zinsen entfallen.

(3) bezeichnet der Ausdruck „Staatsangehörige“:

(a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

(b) in bezug auf die Republik Singapur:

Personen, die Bürger der Republik im Sinne der Verfassung der Republik Singapur sind.

(4) bezeichnet der Ausdruck „Gesellschaften“:

(a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat und nach den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;

(b) in bezug auf die Republik Singapur:

jede Gesellschaft, die im Hoheitsgebiet der Republik Singapur eingetragen ist, oder jede juristische Person oder jede Vereinigung von Personen, die in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften gegründet worden ist.

#### Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird bemüht sein, die Anlage von Kapital durch Staatsangehörige oder Gesellschafter der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften und ihrer Verwaltungspraxis im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik zuzulassen und solche Kapitalanlagen nach Möglichkeit zu fördern.

(2) Sofern nicht besondere Bestimmungen in der Zulassungsurkunde anderes vorsehen, dürfen Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nicht deshalb einer weniger günstigen Behandlung unterworfen werden als Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei oder als Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften eines dritten Staates, weil sie im Eigentum oder unter unmittelbarer oder mittelbarer Kontrolle von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der ersten Vertragspartei stehen.

#### Artikel 3

Sofern nicht besondere Bestimmungen in der Zulassungsurkunde anderes vorsehen, wird keine Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Tätigkeit im Zusammenhang mit Kapitalanlagen, einschließlich der zweckgerechten Verwaltung, des Gebrauchs oder der Nutzung derartiger Kapitalanlagen, einer weniger günstigen Behandlung unterwerfen als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften oder als Staatsangehörige oder Gesellschaften eines dritten Staates hinsichtlich deren Tätigkeit im Zusammenhang mit Kapitalanlagen.

Any alteration of the form in which assets are invested shall be permitted provided that such alteration is not in conflict with the approval granted in respect of the assets originally invested.

(2) The term "returns" shall mean the amounts derived from an investment as profit or interest for a specific period.

(3) The term "nationals" shall mean:—

(a) in respect of the Federal Republic of Germany:

Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany, and

(b) in respect of the Republic of Singapore:

persons who are citizens of the Republic within the meaning of the Constitution of the Republic of Singapore.

(4) The term "companies" shall mean:—

(a) in respect of the Federal Republic of Germany:

any juridical person as well as any commercial company or other company or association with or without legal personality, having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany and lawfully existing consistent with legal provisions irrespective of whether the liability of its partners, associates or members is limited or unlimited and whether or not its activities are directed at profit, and

(b) in respect of the Republic of Singapore:

any company incorporated in the territory of the Republic of Singapore, or any juridical person or any association of persons lawfully constituted in accordance with its legislation.

#### Article 2

(1) Each Contracting Party shall endeavour to admit investments by nationals or companies of the other Contracting Party in accordance with its legislation and administrative practice within the framework of the general economic policy and to promote such investments as far as possible.

(2) Unless otherwise provided by specific stipulations in the document of admission, investments by nationals or companies of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party shall not be subjected to treatment less favourable than that accorded to investments by nationals or companies of the other Contracting Party or investments by nationals or companies of any third State on the ground that ownership, or control directly or indirectly, of them is vested in nationals or companies of the former Contracting Party.

#### Article 3

Unless otherwise provided by specific stipulations in the document of admission, neither Contracting Party shall subject in its territory nationals or companies of the other Contracting Party as regards their activities in connection with investments, including the effective management, use or enjoyment of such investments, to treatment less favourable than that accorded to its own nationals or companies or to nationals or companies of any third State as regards their activities in connection with investments.

## Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen gerechte und billige, dem angemessenen Marktwert der enteigneten Kapitalanlage entsprechende Entschädigung enteignet werden. Diese Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und frei transferierbar sein. Die Rechtmäßigkeit einer Enteignung sowie die Höhe der Entschädigung müssen im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, in dem die Kapitalanlage enteignet worden ist, in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(2) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen sind frei transferierbar.

(3) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

(4) Die Absätze (1) bis (3) gelten auch für Erträge von Kapitalanlagen.

## Artikel 5

Jede Vertragspartei gestattet zwischen den Hoheitsgebieten der beiden Vertragsparteien den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer des Kapitals und der Erträge ihrer Kapitalanlagen sowie im Falle der Liquidation den Transfer des Erlöses.

## Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder auf Grund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei sowie deren Eintritt in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfange wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Ansprüche zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4 Absätze (1) und (2) und Artikel 5 sinngemäß.

## Artikel 7

(1) Soweit die Beteiligten nicht eine abweichende, von den zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, zugelassene Regelung getroffen haben, genehmigen die zuständigen Stellen der betreffenden vertragschließenden Partei den Transfer von Geldbeträgen durch die Beteiligten nach Artikel 4, 5 und 6 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf den mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswerten (par values) und muß innerhalb der

## Article 4

(1) Investments by nationals or companies of either Contracting Party shall not be expropriated in the territory of the other Contracting Party except for the public benefit and against just and equitable compensation which represents the fair market value of the investment expropriated. Such compensation shall be made without delay and shall be freely transferable. The legality of any such expropriation and the amount of compensation shall be subject to review by due process of law in the territory of the Contracting Party in which the investment has been expropriated.

(2) Nationals or companies of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency, or revolt, shall be accorded treatment no less favourable by the other Contracting Party than that other Party accords to its own nationals or companies, as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration. Such payments shall be freely transferable.

(3) Nationals or companies of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the Territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in the present Article.

(4) The provisions of paragraphs (1) to (3) above shall also apply to returns from investments.

## Article 5

Either Contracting Party shall permit the transfer between the territories of the two Contracting Parties by nationals or companies of the other Contracting Party of the capital in, and returns from, their investments, and, in the event of liquidation, the proceeds from such liquidation.

## Article 6

If either Contracting Party makes payment to any of its nationals or companies under a guarantee it has assumed in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the former Contracting Party under Article 9, recognize the assignment, whether under a law or pursuant to a legal transaction of any right or claim from such national or company to the former Contracting Party as well as the subrogation of that Contracting Party to any such right or claim, which that Contracting Party shall be entitled to assert to the same extent as its predecessor in title. As regards the transfer of payment to be made to the Contracting Party concerned by virtue of such assignment, paragraphs (1) and (2) of Article 4 as well as Article 5 shall apply mutatis mutandis.

## Article 7

(1) To the extent that those concerned have not made any other arrangement admitted by the appropriate agencies of the Contracting Party in whose territory the investment is situated, transfers of funds in pursuance of Articles 4, 5 and 6 of this Treaty made by those concerned shall be approved by the appropriate agencies of the said Contracting Party without undue delay and at the rate of exchange effective for current transactions on the day the transfer is made.

(2) The rate of exchange effective for current transactions shall be based on the par values agreed with the International Monetary Fund and shall lie within the

nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet das Kapital angelegt ist, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

#### Artikel 8

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt. Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### Artikel 9

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz (3) genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

margins above or below such parity admitted under Section 3 of Article IV of the Articles of Agreement of the International Monetary Fund.

(3) If at the date of transfer no rate of exchange within the meaning of paragraph (2) above exists in respect of the Contracting Party concerned, the official rate fixed by such Contracting Party for its currency in relation to the U.S. dollar or to another freely convertible currency or to gold shall be applied. If no such rate has been fixed, the appropriate agencies of the Contracting Party in whose territory the investment has been made shall admit a rate of exchange that is fair and equitable.

#### Article 8

If the legislation of either Contracting Party or international obligations existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Treaty, result in a position entitling investments by nationals or companies of the other Contracting Party to treatment more favourable than is provided for by this Treaty, such position shall not be affected by this Treaty. Either Contracting Party shall observe any other obligation it may have entered into with regard to investments within its territory by nationals or companies of the other Contracting Party.

#### Article 9

(1) Disputes concerning the interpretation or application of this Treaty should, if possible, be settled by the Governments of the two Contracting Parties.

(2) If a dispute cannot thus be settled it shall, upon the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) Such arbitral tribunal shall be constituted in each individual case as follows: each Contracting Party shall appoint one member, and these two members shall then agree upon a national of a third State as their Chairman to be appointed by the Governments of the two Contracting Parties. Such members shall be appointed within two months, and such Chairman within three months, after either Contracting Party has made known to the other Contracting Party that it wants the dispute to be submitted to an arbitral tribunal.

(4) If the periods specified in paragraph (3) above have not been observed, either Contracting Party may, in the absence of any other relevant arrangement, invite the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or if he too is prevented from discharging his function, the Member of the International Court of Justice next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall reach its decisions by a majority of votes. Such decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the cost of its own member and of its counsel in the arbitral proceedings; the cost of the Chairman and the remaining costs shall be borne in equal parts by both Contracting Parties. The arbitral tribunal may make a different regulation concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

## Artikel 10

Dieser Vertrag gilt mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen, auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Singapur innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

## Artikel 11

(1) Dieser Vertrag tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Regierungen der beiden Vertragsparteien sich gegenseitig mitteilen, daß die für sie geltenden verfassungsrechtlichen Erfordernisse für das Inkrafttreten dieses Vertrags erfüllt sind.

(2) Der Vertrag bleibt wenigstens fünf Jahre und danach unbegrenzt in Kraft, sofern er nicht von einer Vertragspartei mit einjähriger Kündigungsfrist schriftlich gegenüber der anderen Vertragspartei gekündigt wurde.

(3) Für Kapitalanlagen, die vor dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 10 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrags an.

GESCHEHEN zu Singapur am dritten Oktober neunzehnhundertdreißig in vier Urschriften, je zwei in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Wilhelm L ö e r

Für die Republik Singapur  
Ngiam Tong D o w

## Article 10

With the exception of the provisions in paragraph 7 of the Protocol, referring to air transport, the present Treaty shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not made a contrary declaration to the Government of the Republic of Singapore within three months from the entry into force of this Treaty.

## Article 11

(1) This Treaty shall enter into force on the day the Governments of the two Contracting Parties notify each other that their constitutional requirements for the entering into force of this Treaty have been fulfilled.

(2) This Treaty shall remain in force for a minimum period of five years and shall continue in force indefinitely thereafter except if terminated by either Contracting Party upon one year's written notice.

(3) In respect of investments made prior to the date of termination of this Treaty the provisions of Articles 1 to 10 shall continue to be effective for a further period of fifteen years from the date of termination of this Treaty.

DONE at Singapore, this third day of October one thousand nine hundred and seventy-three, in four originals, two each in the English and German languages, all four texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany  
Dr. Wilhelm L ö e r

For the Republic of Singapore  
Ngiam Tong D o w

## Protokoll

## Protocol

Bei der Unterzeichnung des Vertrages über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages gelten sollen:

### (1) Zu Artikel 1:

Der Ausdruck „Gesellschaften“ in Artikel 1 Absatz 4 umfaßt nicht eine Niederlassung oder Niederlassungen von juristischen Personen, Gesellschaften oder Vereinigungen, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet eines dritten Staates haben oder nach den Rechtsvorschriften eines dritten Staates eingetragen oder errichtet sind.

### (2) Zu Artikel 2 und 3:

Der Ausdruck „Zulassungsurkunde“ in den Artikeln 2 und 3 bedeutet eine Urkunde, mit der eine Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet eine Kapitalanlage im Sinne des Artikels 1 Absatz 1 zuläßt, die von einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei vorgenommen wird. Eine solche „Zulassungsurkunde“ führt im einzelnen die Vergünstigungen, Befreiungen und Bedingungen auf, welche die erstgenannte Vertragspartei in bezug auf die zugelassene Kapitalanlage gewährt oder auferlegt.

Die Zulassung einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ist nicht davon abhängig, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei die staatlichen Investitionsförderungsmittel dieses Landes tatsächlich in Anspruch nimmt.

### (3) Zu Artikel 3:

- a) Artikel 3 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.
- b) Als „Tätigkeit“ im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Die folgenden Beschränkungen werden insbesondere als „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3 angesehen: Die Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie- und Brennstoffen sowie Produktions- oder Betriebsmitteln aller Art, die Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit, der Volksgesundheit oder der Sittlichkeit getroffen werden, gelten nicht als „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3.

### (4) Zu Artikel 4:

Der Ausdruck „Enteignung“ in Artikel 4 Absatz 1 erstreckt sich auch auf hoheitliche Maßnahmen, die in ihrer Wirkung einer Enteignung oder Beschlagnahme gleichzusetzen sind, und auf Verstaatlichungen.

### (5) Zu Artikel 5:

Der Ausdruck „Liquidation“ in Artikel 5 umfaßt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

At the time of signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Republic of Singapore concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments the undersigned plenipotentiaries have, in addition, agreed on the following provisions which are to be regarded as an integral part of the said Treaty:

### (1) Ad Article 1:

The term "companies" referred to in paragraph (4) of Article 1 shall not include a branch or branches of any juridical person, company or association which has its seat or is incorporated or constituted in the territory or by or under the law of a third State.

### (2) Ad Articles 2 and 3:

The expression "document of admission" referred to in Articles 2 and 3 shall mean a document by which a Contracting Party admits in its territory an investment within the meaning of paragraph (1) of Article 1 to be made by a national or a company of the other Contracting Party. Such "document of admission" shall specify the favours, immunities and conditions which the former Contracting Party grants or imposes in respect of the investment admitted.

The admission of an investment in the territory of either Contracting Party shall not be conditional upon the national or company of the other Contracting Party actually availing himself or itself of that country's incentives for the promotion of investments.

### (3) Ad Article 3:

- (a) Article 3 shall not apply to entry, sojourn, and activity as an employee.
- (b) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3: the management, maintenance, use and enjoyment of an investment. The following restrictions shall in particular be deemed to be "treatment less favourable" as referred to in Article 3: restricting the purchase of raw or auxiliary materials, of power or fuel, or of means of production or operation of any kind; impeding the marketing of products inside or outside the country, as well as any other measure having a similar effect. Measures taken for reasons of public order or security or public health or morality shall not be deemed to be "treatment less favourable" within the meaning of Article 3.

### (4) Ad Article 4:

The term "expropriation" referred to in paragraph (1) of Article 4 shall also pertain to acts of sovereign power the effects of which are tantamount of expropriation or requisitioning, as well as measures of nationalization.

### (5) Ad Article 5:

The term "liquidation" referred to in Article 5 shall be deemed to include any disposal effected for the purpose of completely or partly giving up the investment concerned.

## (6) Zu Artikel 7:

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, wenn die Genehmigung innerhalb von zwei Monaten, vom Tage der Einreichung des betreffenden Transferantrags an gerechnet, erteilt wurde.

(7) Bei Beförderung von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen stehen, werden die Vertragsparteien die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen, vorausgesetzt, daß alle rechtlichen Erfordernisse erfüllt sind, sowie hinsichtlich des Luftverkehrs unter Beachtung bestehender zweiseitiger Luftverkehrsabkommen oder anderer Verkehrsabkommen, die jeweils zwischen den Vertragsparteien in Kraft sind. Hierunter fallen Beförderungen von

- a) Gütern, die unmittelbar zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrags bestimmt sind oder die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates von einem Unternehmen oder in dessen Auftrag angeschafft werden, in dem Vermögenswerte im Sinne dieses Vertrags angelegt sind,
- b) Personen, die im Zusammenhang mit der Vornahme von Kapitalanlagen reisen.

(8) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

GESCHEHEN zu Singapur am dritten Oktober neunzehnhundertdreißig in vier Urschriften, je zwei in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Wilhelm L ö e r

Für die Republik Singapur  
Ngiam Tong D o w

## (6) Ad Article 7:

For the purpose of Article 7, paragraph 1, there shall be deemed to be no "undue delay", if approval is given within two months from the date on which the relevant request for transfer of funds was submitted.

(7) Whenever goods or persons connected with the making of investments are to be transported, either Contracting Party shall neither exclude nor hinder transportation enterprises of the other Contracting Party and shall issue permits as required to carry out such transports provided all legal requirements are fully complied with and in respect of air transport, subject to the provisions of any existing bilateral Air Services or other Agreements on transportation between the two Contracting Parties for the time being in force. This includes the transportation of

- (a) goods directly intended for an investment within the meaning of the present Treaty or acquired in the territory of either Contracting Party or of any third State by or on behalf of an enterprise in which assets within the meaning of the present Treaty are invested;
- (b) persons travelling in connection with the making of investments.

(8) Without prejudice to any other method of determining nationality, any person shall be deemed to be a national of a Contracting Party who is in possession of a national passport issued by the appropriate authorities of the Contracting Party concerned.

DONE at Singapore, this third day of October one thousand nine hundred and seventy-three, in four originals, two each in the English and German languages, all four texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany  
Dr. Wilhelm L ö e r

For the Republic of Singapore  
Ngiam Tong D o w

**Briefwechsel Nummer 1***(Übersetzung)*

Singapur, 26. September 1973

Exzellenz,

In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in Singapur zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Republik Singapur deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in Singapur einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften und ihrer Verwaltungspraxis im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

G. E. Bogaars  
Permanent Secretary  
Ministry of Foreign Affairs

An den  
Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland

Botschaft der  
Bundesrepublik Deutschland

Singapur, 26. September 1973

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in Singapur zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Republik Singapur deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger oder Gesellschaften in Singapur einreisen und sich dort aufhalten und eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben wollen, in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften und ihrer Verwaltungspraxis im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitik die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Wilhelm Löer  
Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland

Seiner Exzellenz  
dem Außenminister  
der Republik Singapur  
Herrn S. Rajaratnam  
Singapur

**Exchange of Letters — No. 1**

Singapore, 26th September 1973

Excellency,

Intending to facilitate and promote the making and developing of investments by German nationals or companies in Singapore, the Government of the Republic of Singapore will in accordance with its legislation and administrative practice within the framework of the general economic policy grant the necessary permits to German nationals who in connection with investments by German nationals or companies desire to enter and stay in Singapore and to carry on an activity there as an employee, except as reasons of public order and security, of public health or morality may warrant otherwise.

Accept, Excellency, the expression of my highest consideration.

G. E. Bogaars  
Permanent Secretary  
Ministry of Foreign Affairs  
for and on behalf of the  
Minister for Foreign Affairs

Ambassador of the  
Federal Republic of Germany

Botschaft  
der  
Bundesrepublik Deutschland  
Embassy  
of  
the Federal Republic of Germany

Singapore, 26th September 1973

Excellency,

I have the the honour to acknowledge receipt of your letter of today's date which reads as follows:

"Intending to facilitate and promote the making and developing of investments by German nationals or companies in Singapore, the Government of the Republic of Singapore will in accordance with its legislation and administrative practice within the framework of the general economic policy grant the necessary permits to German nationals who in connection with investments by German nationals or companies desire to enter and stay in Singapore and to carry on an activity there as an employee, except as reasons of public order and security, of public health or morality may warrant otherwise."

Accept, Excellency, the expression of my highest consideration.

Dr. Wilhelm Löer  
Ambassador of the Federal  
Republic of Germany

His Excellency  
The Minister for Foreign Affairs  
of the Republic of Singapore  
Mr. S. Rajaratnam  
Singapore

## Briefwechsel Nummer 2

(Übersetzung)

Singapur, 27. September 1973

Exzellenz,

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Singapur, um die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Republik Singapur bereits vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages zu fördern, seine Bestimmungen vom Tage der Unterzeichnung ab vorläufig anwenden und die in Artikel 1 Absatz (1) (ii) des Vertrags vorgesehenen Zulassungen bereits ab diesem Zeitpunkt erteilen wird.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

G. E. Bogaars  
Permanent Secretary  
Ministry of Foreign Affairs

An den  
Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland

Botschaft der  
Bundesrepublik Deutschland

Singapur, 27. September 1973

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Singapur, um die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der Bundesrepublik Deutschland im Hoheitsgebiet der Republik Singapur bereits vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages zu fördern, seine Bestimmungen vom Tage der Unterzeichnung ab vorläufig anwenden und die in Artikel 1 Absatz (1) (ii) des Vertrags vorgesehenen Zulassungen bereits ab diesem Zeitpunkt erteilen wird.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Wilhelm L ö e r  
Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland

Seiner Exzellenz  
dem Außenminister  
der Republik Singapur  
Herrn S. Rajaratnam  
S i n g a p u r

## Exchange of Letters — No. 2

Singapore, 27th September 1973

Excellency,

I have the honour to inform you that the Government of the Republic of Singapore in order to promote the making of investments by nationals or companies of the Federal Republic of Germany in the territory of the Republic of Singapore prior to the entry into force of the Treaty, will provisionally apply the provisions of the Treaty as from the day of signature and will issue as from that date the documents of approval provided for in paragraph 1 (ii) of Article 1 of the Treaty.

Please accept, Excellency, the expression of my highest consideration.

G. E. Bogaars  
Permanent Secretary  
Ministry of Foreign Affairs  
for and on behalf of the  
Minister for Foreign Affairs

Ambassador of the  
Federal Republic of Germany

Botschaft  
der  
Bundesrepublik Deutschland  
Embassy  
of  
the Federal Republic of Germany

Singapore, 27th September 1973

Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of today's date which reads as follows:

“I have the honour to inform you that the Government of the Republic of Singapore, in order to promote the making of investments by nationals or companies of the Federal Republic of Germany in the territory of the Republic of Singapore prior to the entry into force of the Treaty, will provisionally apply the provisions of the Treaty as from the day of signature and will issue as from that date the documents of approval provided for in paragraph 1 (ii) of Article 1 of the Treaty.”

Please accept, Excellency, the expression of my highest consideration.

Dr. Wilhelm L ö e r  
Ambassador of the Federal  
Republic of Germany

His Excellency  
The Minister for Foreign Affairs  
of the Republic of Singapore  
Mr. S. Rajaratnam  
S i n g a p o r e

**Briefwechsel Nummer 3**

(Übersetzung)

Singapur, 28. September 1973

Exzellenz,

Ich beehre mich, das folgende Einverständnis zwischen unseren beiden Regierungen zu bestätigen:

Unbeschadet des Artikels 2 Absatz 2 des Vertrages werden Fragen der Besteuerung durch das am 19. Februar 1972 in Singapur unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie den jeweiligen innerstaatlichen Gesetzen geregelt.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

An den  
Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland

G. E. Bogaars  
Permanent Secretary  
Ministry of Foreign Affairs

Botschaft der  
Bundesrepublik Deutschland

Singapur, 28. September 1973

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das folgenden Wortlaut hat:

„Ich beehre mich, das folgende Einverständnis zwischen unseren beiden Regierungen zu bestätigen:

Unbeschadet des Artikels 2 Absatz 2 des Vertrages werden Fragen der Besteuerung durch das am 19. Februar 1972 in Singapur unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Singapur zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie den jeweiligen innerstaatlichen Gesetzen geregelt.“

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Dr. Wilhelm Lör  
Botschafter der  
Bundesrepublik Deutschland

Seiner Exzellenz  
dem Außenminister  
der Republik Singapur  
Herrn S. Rajaratnam  
Singapur

**Exchange of Letters — No. 3**

Singapore, 28th September 1973

Excellency,

I have the honour to confirm the following understanding between our two Governments:

With regard to paragraph 2 of Article 2 of the Treaty, matters of taxation shall be governed by the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Singapore for the Avoidance of Double Taxation with Respect to Taxes on Income and Capital, signed at Singapore on the 19 February, 1972 and the respective national laws.

Accept, Excellency, the expression of my highest consideration.

Ambassador of the  
Federal Republic of Germany

G. E. Bogaars  
Permanent Secretary  
Ministry of Foreign Affairs  
for and on behalf of the  
Minister for Foreign Affairs

Botschaft  
der  
Bundesrepublik Deutschland  
Embassy  
of  
the Federal Republic of Germany

Singapore, 28th September, 1973

Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your letter of today's date which reads as follows:

“I have the honour to confirm the following understanding between our two Governments:

With regard to paragraph 2 of Article 2 of the Treaty, matters of taxation shall be governed by the Agreement between the Federal Republic of Germany and the Republic of Singapore for the Avoidance of Double Taxation with Respect to Taxes on Income and Capital, signed at Singapore on the 19 February, 1972 and the respective national laws.“

Accept, Excellency, the expression of my highest consideration.

Dr. Wilhelm Lör  
Ambassador of the Federal  
Republic of Germany

His Excellency  
The Minister for Foreign Affairs  
of the Republic of Singapore  
Mr. S. Rajaratnam  
Singapore

**Bekanntmachung  
über das Inkrafttreten des Europäischen Übereinkommens  
über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport**

**Vom 18. Dezember 1974**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. Juli 1973 zu dem Europäischen Übereinkommen vom 13. Dezember 1968 über den Schutz von Tieren beim internationalen Transport (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 721) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Übereinkommen auf Grund der Erklärung Belgiens vom 21. November 1973 und der gemeinsamen Erklärungen der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs vom 9. Januar 1974 in Verbindung mit Artikel 48 Abs. 3 des Übereinkommens für die

Bundesrepublik Deutschland am 1. Juli 1974 in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 9. Januar 1974 beim Europarat hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner nach seinem Artikel 48 Absätze 2 und 3 in Verbindung mit den oben genannten Erklärungen für folgende Staaten in Kraft getreten:

Belgien	am	1. Juli 1974
Dänemark	am	20. Februar 1971

Frankreich	am	1. Juli 1974
Island	am	20. Februar 1971
Luxemburg	am	14. Oktober 1972
Norwegen	am	20. Februar 1971
Osterreich	am	15. März 1974
Schweden	am	21. April 1972
Schweiz	am	20. Februar 1971
Vereinigtes Königreich	am	1. Juli 1974

Das Übereinkommen wird für Spanien am 3. Februar 1975 in Kraft treten.

Das Vereinigte Königreich hat mit Wirkung vom 1. Juli 1974 die Anwendung des Übereinkommens auf die Insel Man und mit Wirkung vom 13. September 1974 auf Gibraltar erstreckt.

Dänemark hat bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde erklärt, daß sich die Anwendung des Übereinkommens bis auf weiteres nicht auf die Färöer und nicht auf Grönland erstreckt.

Bonn, den 18. Dezember 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens  
zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung**

**Vom 20. Dezember 1974**

Das Internationale Übereinkommen vom 7. März 1966 zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 961) ist nach seinem Artikel 19 Abs. 2 für

Botsuana	am	22. März 1974
Jordanien	am	29. Juni 1974
Laos	am	24. März 1974
Mali	am	15. August 1974
Obervolta	am	17. August 1974
Vereinigte Arabische Emirate	am	20. Juli 1974

in Kraft getreten.

Costa Rica hat am 8. Januar 1974 gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen folgende Erklärung abgegeben:

*(Translation)*

Costa Rica recognizes the competence of the Committee on the Elimination of Racial Discrimination established under Article 8 of the Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination, in accordance with Article 14 of the Convention, to receive and consider communications from individuals or groups of individuals within its jurisdiction claiming to be victims of a violation by the State of any of the rights set forth in the Convention.

*(Übersetzung)*

Costa Rica erkennt nach Artikel 14 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung die Zuständigkeit des nach Artikel 8 des Übereinkommens errichteten Ausschusses für die Beseitigung der Rassendiskriminierung zur Entgegennahme und Erörterung von Mitteilungen einzelner seiner Hoheitsgewalt unterstehender Personen oder Personengruppen an, die vorgeben, Opfer einer Verletzung eines in dem Übereinkommen vorgesehenen Rechts durch den Staat zu sein.

Dänemark hat die bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgegebene Erklärung bezüglich der zur Durchführung des Übereinkommens in den Färöer noch ausstehenden Genehmigung des Landsstyre mit Wirkung vom 1. November 1972 zurückgenommen.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 16. Oktober 1969 (Bundesgesetzbl. II S. 2211), vom 25. Juli 1973 (Bundesgesetzbl. II S. 976) und vom 2. Januar 1974 (Bundesgesetzbl. II S. 137).

Bonn, den 20. Dezember 1974

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. von Schenck

**Bekanntmachung**  
**über das Inkrafttreten des Zusatzprotokolls vom 14. Januar 1974**  
**zu dem Protokoll zu dem Europäischen Abkommen**  
**zum Schutz von Fernsehsendungen**

**Vom 7. Januar 1975**

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 29. Oktober 1974 zu dem Zusatzprotokoll vom 14. Januar 1974 zu dem Protokoll zu dem Europäischen Abkommen zum Schutz von Fernsehsendungen (Bundesgesetzbl. II S. 1313) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Zusatzprotokoll nach seinem Artikel 3 Abs. 1 für die

Bundesrepublik Deutschland am 31. Dezember 1974 in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 21. November 1974 beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt worden.

Das Zusatzprotokoll ist nach seinem Artikel 3 Abs. 1 ferner für folgende Staaten am selben Tage in Kraft getreten:

Belgien  
Dänemark  
Frankreich  
Norwegen  
Schweden  
Spanien  
Vereinigtes Königreich  
Zypern.

Bonn, den 7. Januar 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. von Schenck

---

**Bekanntmachung**  
**über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens**  
**Vom 8. Januar 1975**

Das Welturheberrechtsabkommen vom 6. September 1952 (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 101) ist nach seinem Artikel IX Abs. 2 für

Senegal am 9. Juli 1974  
in Kraft getreten.

Das Zusatzprotokoll 1 zu diesem Abkommen ist nach seiner Ziffer 2 in Verbindung mit Ziffer 2 Buchstabe c des Zusatzprotokolls 1 zum Welturheberrechtsabkommen in der am 24. Juli 1971 in Paris revidierten Fassung (Bundesgesetzbl. 1973 II S. 1069, 1111) für

Senegal am 10. Juli 1974  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 15. Januar 1974 (Bundesgesetzbl. II 74) und vom 5. Dezember 1974 (Bundesgesetzbl. 1975 II S. 28).

Bonn, den 8. Januar 1975

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. von Schenck

---

## Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung

Die 287. Übersicht über den Stand der Bundesgesetzgebung, abgeschlossen am 31. Dezember 1974, ist im Bundesanzeiger Nr. 12 vom 18. Januar 1975 erschienen.

Diese Übersicht enthält bei den aufgeführten Gesetzesvorlagen  
alle wichtigen Daten des Gesetzgebungsablaufs

sowie Hinweise auf die

Bundestags- und Bundesrats-Drucksachen  
und

auf die sachlich zuständigen Ausschüsse des Bundestages.

Verkündete Gesetze sind nur noch in der der Verkündung folgenden Übersicht  
enthalten.

Der Bundesanzeiger Nr. 12 vom 18. Januar 1975 kann zum Preis von 1,— DM (einschl. Ver-  
sandgebühr) gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto „Bundesanzeiger“  
Köln 834 00-502 bezogen werden.

**Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz**

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.